Gegen jeden Antisemitismus – Jüdisches Leben in Marburg schützen!

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Seit dem 07. Oktober 2023 erleben Jüdinnen*Juden weltweit einen massiven Anstieg an Antisemitismus. Dabei werden sie zu unrecht für das Handeln der israelischen Regierung verantwortlich gemacht, völlig egal, wie sie selbst zu dieser stehen. Für viele Jüdinnen*Juden ist Antisemitismus längst Alltag: Sie werden auf der Straße bedroht, in öffentlichen Verkehrsmitteln angefeindet, am Arbeitsplatz oder in Bildungseinrichtungen diskriminiert. Synagogen und jüdische Einrichtungen werden angegriffen. Wohnhäuser von Jüdinnen*Juden werden mit Davidsternen oder gar Hakenkreuzen markiert. Israelische Restaurants müssen schließen. Jüdische Studierende trauen sich nicht mehr, zur Uni zu gehen. Öffentliche Auftritte von jüdischen Künstler*innen finden nur unter erhöhten Sicherheitsmaßnahmen statt.

Der Anstieg des Antisemitismus ist auch in Marburg deutlich spürbar. Die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen*(RIAS), die am Demokratiezentrum der Philipps-Universität Marburg angesiedelt ist und antisemitische Vorfälle aus Betroffenenperspektive dokumentiert, bietet neben der polizeilichen Kriminalstatistik die einzige statistische Erfassung antisemitischer Vorfälle in Hessen und Marburg und liefert ein erschreckendes Bild. So ist die Zahl hessenweit von 179 Vorfällen in 2022 auf 1099 Vorfälle in 2025 gestiegen. Besonders lässt sich der Anstieg des Antisemitismus im Jahr 2023 erkennen: Während es von Januar bis September 2023 ca. 20-25 gemeldete antisemitische Vorfälle pro Monat in Hessen gab, ist die Zahl ab Oktober 2023 auf 130-140 gemeldete Vorfälle pro Monat sprunghaft angestiegen. Mittlerweile hat sich Marburg den unrühmlichen Ruf einer hessischen Antisemitismus-Hochburg eingehandelt, da in Marburg mit 104 antisemitischen Vorfällen 10% aller an RIAS gemeldeten antisemitischen Vorfälle in Hessen im Jahr 2025 stattfanden. Da RIAS erst seit 2024 antisemitische Vorfälle nach Städten ausweist, gibt es keine genauen Zahlen zum Antisemitismus in Marburg vor dem 07. Oktober 2023. Unabhängig von der statistischen Erfassung zeigen Gespräche mit Betroffenen, dass die Antisemitismuswelle auch Marburg im Griff hat, weshalb sich viele Betroffene in Marburg nicht mehr offen als jüdisch zu erkennen geben. Ein schockierender Höhepunkt der Antisemitismuswelle in Marburg waren zum Beispiel die Wandschmierereien aus dem Jahr 2025, in denen offen zum Mord an Israelis aufgerufen wurde. Dies wurde auch in einer Pressemitteilung vom 16.06.2025 von unserem Kreisverband verurteilt.

Dieser Zustand ist politisches Versagen! Jüdinnen*Juden müssen in Marburg und überall auf der Welt sicher sein. Sie müssen aktiv vor Antisemitismus, Gewalt und Verfolgung geschützt werden, wenn wir wirklich aus unserer Geschichte gelernt haben wollen.

Antisemitismus ist immer rückwärtsgewandt, da er komplexe gesellschaftliche Widersprüche auf ein einfaches Gut-Böse-Schema reduziert und das Böse auf alles

projiziert, was als jüdisch identifiziert wird. Leider ist Antisemitismus eine Brückenideologie zwischen der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“, Rechten, religiösen Fundamentalist*innen und auch Linken, die aus unterschiedlichen Motiven zum gleichen Schluss kommen: Israel wäre für alles Übel in der Welt verantwortlich und alle Jüdinnen*Juden werden dafür in Geiselhaft genommen. Dies zeigt sich in vielfältigen, konkreten Mustern: Im Marburger Stadtbild wurden 2025 wahlweise auf Wänden Mordaufrufe gegen Israelis sichtbar, wie eine Pressemitteilung vom 16. Juni 2025 von unserem Kreisverband verurteilt wurde. Ein Beispiel aus dem Jahr 2024 zeigt, dass am Gedenkort der am 09. November 1938 zerstörten Synagoge in der Universitätsstraße auf eine Abbildung der Synagoge ein „Free-Palestine“-Sticker geklebt wurde. Darüber hinaus gibt es im Jahr 2024 mehrere Fälle, in denen jüdische Gedenkstätten und Plakate in der Region mit Hakenkreuzen beschmiert wurden und die Identität von Jüdinnen*Juden als Zielobjekt benannt wird. In einem lokalen Diskurs wurde auch eine Vermischung zwischen berechtigter politischer Kritik an Israel und der Anschuldigung, dass jüdische Menschen für den israelischen Staat verantwortlich seien, dokumentiert, was die Grenze zwischen legitimer Politik und Antisemitismus verschwimmen lässt. Aufkleber der rechtsextremen Partei Der Dritte Weg, zeigen einen blutverschmierten Davidstern, mit der Parole „Keine Solidarität mit Israel”. Julian Schmidt, der Vorsitzende der AfD Marburg-Biedenkopf schreibt in einem offenen Brief an Ursula von der Leyen, dass er den „ganz große[n] Teil der Wehrmacht nicht als Täter, sondern Opfer“ der Nazis sieht und fordert diesen genauso zu gedenken wie „allen anderen Opfern der Naziherrschaft“.

Vor dem Hintergrund der Brückenfunktion des Antisemitismus und insbesondere in Anbetracht der deutschen Geschichte entbehrt die Mär vom "importierten Antisemitismus" jeglicher Grundlage und hat die Funktion, den Antisemitismus in der sog. "Mitte der Gesellschaft" und in der Rechten zu verschleiern. Antisemitismus ist in nahezu jeder gesellschaftlichen Gruppe und politischen Strömung ein Problem. Als Linke sehen wir es deshalb als unsere Pflicht an, nicht nur den Antisemitismus der Anderen zu kritisieren, sondern Antisemitismus auch unter Linken zu bekämpfen.

Wir verurteilen jeden Angriff auf Jüdinnen*Juden, Synagogen sowie andere jüdische Einrichtungen und Organisationen und nehmen die Ängste von Jüdinnen*Juden um ihre eigene Sicherheit ernst. Die Zusammenarbeit mit Vereinigungen oder Personen, die solche Taten rechtfertigen oder relativieren, ist für unseren Kreisverband ausgeschlossen.

Der Kreisverband Marburg-Biedenkopf der Partei Die Linke steht als antifaschistische Partei im Sinne ihres Grundsatzprogramms als Partnerin an der Seite von Jüdinnen*Juden im Kampf gegen jeden Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens.

Der Kreisvorstand wird beauftragt:

• den Austausch mit Vereinen und Verbänden jüdischer Selbstvertretung in Marburg-Biedenkopf sowie mit linken jüdischen Gruppen, die sich für Frieden, Gerechtigkeit und die Selbstbestimmung aller Völker einsetzen, wieder aufzunehmen und bestehende Austauschformate auszubauen.

• die vielfältigen und unterschiedlichen Perspektiven von Jüdinnen*Juden, einschließlich queerer und linker Jüdinnen, einzubeziehen, wann immer Themen wie Antisemitismus und/oder jüdisches Leben in Deutschland und darüber hinaus behandelt werden.

• Bildungsangebote auf Grundlage der Jerusalemer Deklaration zum Thema Antisemitismus aufzubauen. Dabei sollen Awareness-Perspektiven integriert werden, um den Kreisverband für entsprechende Belange zu sensibilisieren und jüdische Genoss*innen bestmöglich zu unterstützen.